



„Defizit nicht tragbar“: *Ralph Brinkhaus.*

CDU: „Sparen ohne Tabus“

■ Der Theaterneubau sei nicht die Schicksalsfrage für Gütersloh, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus. Die geplante Netto-Bausumme von 12 bis 15 Millionen Euro sei weit weniger, als in den nächsten Jahren für die Gymnasien und Gesamtschulen ausgegeben werde.

Die wichtigste Herausforderung bestehe vielmehr darin, das bisher erreichte sehr hohe Niveau im Kern zu erhalten und Gütersloh zukunftssicher zu machen. Ein strukturelles Defizit von 13 Millionen Euro sei daher nicht tragbar. Brinkhaus warnte davor, „unter dem Deckmantel der sozialen Gerechtigkeit mehr Geld auszugeben als eingenommen wird“. Deshalb dürfe es bei der Haushaltskonsolidierung keine Tabus geben, weder bei den Personalkosten noch in den Bereichen Schule, Jugend und Soziales. Brinkhaus appellierte an Bürgermeisterin Maria Unger, „die notwendigen, auch unangenehmen Dinge voranzutreiben“.

Die Zustimmung der CDU zum nicht ausgeglichenen Haushalt mit einer Unterdeckung von sechs Millionen Euro sei als Vertrauensvorschuss für Unger und die Verwaltung zu betrachten.



„Mehr Betreuungsangebote“: *Ingrid Tiedtke-Strandt.*

SPD: „Investition in Kinder“

■ „Mit dem Haushalt 2008 hat die Verwaltung gezeigt, was in der Stadt geht und finanziell machbar ist“, so Ingrid Tiedtke-Strandt, Fraktionschefin der SPD. Vorrangig im neuen Haushalt seien für die SPD der Ausbau der Schulen, die Förderung von Kindertagesstätten und Ganztagschulen sowie der Theaterneubau. Die SPD gehe davon aus, dass der Kostenrahmen für das Theater eingehalten werde. Tiedtke-Strandt: „Der Theaterneubau ist für die städtebauliche Attraktivität von großer Bedeutung.“ Die SPD wendet sich gegen die Privatisierung der städtischen Reinigungskräfte und fordert Vorrang für Investitionen in Kinder, Jugendliche und Bildung „vor rein finanzpolitischen Bewertungen“. Betreuungsangebote für unter Dreijährige sollen ausgebaut und die bestehenden Schulen gestärkt werden. Weiterer Schwerpunkt ist das Thema „Wohnen im Alter“. Tiedtke-Strandt: „Wir brauchen in Gütersloh ein integriertes Konzept, das moderne, dezentrale Formen seniorenge rechter Angebote einschließt.“ Ein Überangebot an traditionellen Pflegeplätzen solle planungsrechtlich begrenzt werden.



„Schul-Dependence prüfen“: *Hans-Peter Rosenthal.*

Grüne: „Auch Steuern anheben“

■ „Mit größten Bedenken, aber in der guten Hoffnung auf eine Wende“ könnten die Grünen dem Haushalt zustimmen, so ihr Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Rosenthal. Sorge bereite vor allem, „dass uns in den kommenden Jahren ein jährliches Defizit von 13,5 Millionen Euro plus X erwartet“. Die Grünen wollen daher die Investitionen auf 18 Millionen Euro begrenzen, die Personalkosten in der Verwaltung einfrieren und „aufgeblähte Standards absenken“. Zudem setzen sie sich für eine „Abkehr von Wettbewerbs- und Gutachterhäufungen“ ein. „Wir müssen aber auch die Einnahmen betrachten, so Rosenthal. Es gelte daher, über höhere Gewerbe- und Grundsteuern (für bebauete Grundstücke) nachzudenken.“

Die Grünen ziehen weiter eine Kooperation oder auch eine Fusion der Sparkasse Gütersloh „mit anderen Sparkassen des Kreises“ in Betracht. Das würde die Marktposition stärken.

Zur Schulentwicklung sagte Rosenthal: „Wir werden eine Dependence des Städtischen Gymnasiums prüfen lassen.“ Optimal wäre eine Gesamtschule für Avenwedde/Friedrichsdorf.

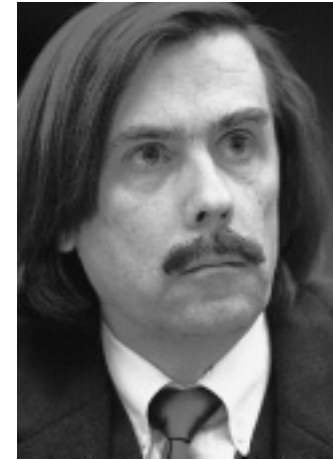


„Zu hohe Risiken“: *Hartwig Fischer.*

FDP: „Schon bald Makulatur“

■ Die FDP hat gestern den Haushalt abgelehnt. „Nicht aus Verantwortungslosigkeit gegenüber den Bürgern“, wie Fraktionschef Hartwig Fischer erklärte, „sondern aus Sorge darüber, dass er schon Morgen Makulatur sein kann.“ Fischer nannte das neue Theater als ein Beispiel: Weil verlässliche Daten über die Baukosten erst im April vorgelegt würden, „kaufen wir die Katze im Sack. Das finden wir nicht fair“. Außerdem müsse angesichts der Schüler-Anmelderzahlen noch einmal ernsthaft über ein drittes Gymnasium nachgedacht werden. Weitere Unwägbarkeit: In den Vorjahren waren bei den Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien Mehrausgaben von 900.000 Euro auszugleichen. Der Haushalt birge also zu hohe Risiken.

Außerdem, so Fischer fehle der strategische Ansatz, Ein- und Ausgaben verlässlich und nachhaltig in den Griff zu bekommen. Ihm sei es ein Rätsel, wie bei den Investitionen die für kommendes Jahr geplanten Verpflichtungsermächtigungen von 39 Millionen Euro in Einklang gebracht werden können mit der freiwilligen Selbstbeschränkung von 18 Millionen Euro.



„Chancen nicht genutzt“: *Norbert Morkes.*

BfGT: „Zu wenig Sparwille“

■ „Der Haushalt 2008 ist zum wiederholten Mal nicht ausgeglichen, so dass erneut die Ausgleichsrücklage mit ca. 6,1 Millionen Euro in Anspruch genommen werden muss“, stellt Norbert Morkes, Fraktionschef der BfGT seiner Rede voran. Er zählt verschiedene Punkte auf, an denen es seiner Ansicht nach an wirklichem Sparwillen gemangelt habe. Chancen, in den „oberen Etagen“ Personal einzusparen seien ungenutzt verstrichen. „Auch bei den Zuschüssen hätten Maßnahmen und Einsparungen gut getan.“ Morkes spielt damit auf die Verdoppelung der Zuschüsse an das Stadtmarketing an. „Bei den Zuwendungen an die Kreismusikschule, das Heimatmuseum, dem Verein Michaeliswoche und anderen hätten Einsparungen nicht nur für eine Haushaltsentlastung, sondern auch für mehr Gerechtigkeit unter den Antragstellern gesorgt.“ Morkes bemängelt, dass der Vorschlag der Verwaltung, „tabulos und ohne Ausnahme“ in jedem Bereich zu streichen, nur vorgeschoben sei. Denn der Theaterneubau sei davon ausgeklammert. Aus diesem Grund lehnt die BfGT den Etat ab.



„Schulen sind größter Posten“: *Peter Kalley.*

UWG: „Mehr Verantwortung“

■ „Die vordringliche Aufgabe der nächsten Monate von Rat und Verwaltung sollte deshalb darin bestehen, die Ergebnissituation insbesondere durch Aufwandsbegrenzung und gegebenenfalls auch durch höhere Erträge zu verbessern“, sagt Fraktionsvorsitzender Peter Kalley. Steuererhöhungen wären allerdings das allerletzte Mittel. Die UWG betrachtet die Haushaltsentwicklung mit Sorge. Nur durch den Griff in die Ausgleichsrücklage und eine weitere Verschuldung hätte der Haushalt ausgeglichen werden können. Die Schulden, die Gütersloh noch lange vor sich herschieben werde, seien nicht auf den Theaterneubau zurückzuführen, sondern auf den Bau und Renovierung der Schulen. „Wir Politiker sollten uns hüten . . . , Dinge zuzusagen, die wir nicht einhalten können. Wer heute ein drittes Gymnasium in die öffentliche Diskussion einbringt, muss auch deutlich sagen, wie er ein solches Projekt, das einen zweistelligen Millionenbetrag erfordert, finanzieren will.“ Auch von den Bürgern müsse mehr Verantwortung und Kreativität verlangt werden. Die Stadt könne nicht immer einspringen.